

## **Borkumer FDP Ortsverband nimmt Stellung zu Windkraftanlagen Gesprächsbereitschaft dazu sollte signalisiert werden**

**Borkum.** Nun haben wir es schwarz auf weiß: Das für die Borkumer so wichtige und zukunftsbestimmende Thema „Windkraftanlagen vor Borkum“ wird zum Zankapfel zwischen Borkumer Union und Borkumer SPD. Auf dem Rücken der betroffenen Borkumer Bürger entsteht hier ein „Krieg um Kompetenzen“, welcher nahezu unerträglich wird.

Auf der Ratssitzung am 26. September 2002 stellte der FDP Ratsherr Bruno Haenelt einen Antrag zur Tagesordnung welcher vorsah, dass vor irgendeiner Resolution für oder gegen Nearshore- oder Offshoreprojekte zunächst einmal eine intensive Aufklärung der Bürger erfolgen sollte, um dann mittels einer Bürgerbefragung die Bevölkerung entscheiden zu lassen, ob und wie Borkum den Weg zur Gewinnung erneuerbarer Energien zukünftig beschreiten wird.

Dieses wichtige Thema, welches zu einem tiefgreifend in den Tourismus und damit in die Zukunft unserer Insel eingreifen könnte – wovon wir nicht überzeugt sind – und zum anderen unverzichtbar ist, wenn man sich den Entwicklungen der Energiegewinnung im Hinblick auf die begrenzten Ressourcen konventioneller Rohstoffe und der Diskussion um die in naher Zukunft abzuschaltende Atomkraft nicht konsequent verweigern will.

Die Niedersächsische Gemeindeordnung lässt eine Bürgerversammlung und Befragung ausdrücklich zu, empfiehlt sie sogar, wenn es um „wichtige Planungen und Vorhaben“ geht, die nicht erst mit dem Bürger diskutiert werden sollen, wenn sie beschlossen worden sind...“ Die Bürgerbefragung hat den Sinn, die Bürger intensiver an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Dieses äußert bürgernahe und demokratische Instrument der Meinungsfindung in einer Gemeinde wurde von der

Mehrheit der Ratsherren abgelehnt, die Meinung des Bürgers war – wieder einmal nicht gefragt.

Bezeichnend für die Unabhängigkeit der Ratsherren in ihrer Entscheidungsfindung war die Tatsache, dass niemandem, bis auf den Fragesteller Haenelt, das „Aktionsprogramm der Niedersächsischen Landesregierung“ mit dem Stand vom 13.05.2002, auf welches sich die zu verabschiedende Resolution (eine Vorlage der Verwaltung) bezog, bei dieser Ratssitzung vorlag oder im Vorfeld zur Abstimmung durch die Verwaltung zugegangen ist. Schon aus diesen Umständen konnte die Borkumer FDP der Resolution nicht zustimmen.

Trotz der in den Haushalt eingeflossenen Erbschaft von rund 214 000 Euro musste die Stadt im Nachtragshaushalt auf rund 493 000 Euro aus den Rückstellungen zugreifen, um den Haushalt – vermutlich letztmalig – ausgeglichen präsentieren zu können. Für den nächsten Haushalt stehen jetzt noch Rücklagen in Höhe von ca. 220 000 Euro zur Verfügung, davon ist ein großer Teil (ca. 119 000 Euro) als „unantastbare Sicherheit“ zu betrachten. Es wird also eng!

Weniger Ausgaben für die Verabschiedung der Bürgermeisterin, über deren Verdienste für Borkum auch aus unserer Sicht nicht gestritten werden darf und sollte, hätten diesen Haushalt nicht besser aussehen lassen. Primär geht es auch nicht um die Frage, ob die Verabschiedung 5 500 oder 8 000 Euro hätte kosten dürfen, sondern um die Art und Weise, wie die Borkumer Obrigkeit hier über den Rat hinweg entschieden hat, der laut Satzung (Fassung vom 31.7.2001) bei Ausgaben über 3 000 € befragt werden muss. Dieses Verhalten einzelner Entscheidungsträger zeigt, welches Verantwortungsgefühl dort für das Geld der Bürger entwickelt wird.

Was die Haushaltslage der

Stadt Borkum angeht, so ist auch für die nächsten Jahre keine Besserung zu erkennen – das Gespenst der Zuweisungsgemeinde steht schon bedrohlich in den Startlöchern. Statt sich nun endlich einmal intensiv zu bemühen Gelder zu sparen und nicht zu verschleudern – an Beispielen mangelt es sicherlich nicht – und die Verwaltung einschließlich der gemeindeeigenen Betriebe zu verschlanken, greift die Stadt Borkum zum einfachsten Mittel und kündigte bereits in einem Schreiben an die Ratsherren an, dass zur Rettung des Haushaltes „hinsichtlich der Realsteuersätze Handlungsbedarf besteht“. Dem ohnehin gebeutelten Borkumer Bürger und Unternehmer (Fremdenverkehrsabgabe, Zimmervermittlungsprovision etc.) soll also noch tiefer in die Tasche gegriffen werden. Lernt man denn nie dazu, dass man die Kuh, die man noch melken will, nicht schlachten darf?

Betrachten wir unter diesen haushalterischen Gesichtspunkten die Diskussion um die Windparkanlagen, so stellt sich hier nunmehr die Frage, ob wir tatsächlich von Horizontverschmutzung – welch ein Wort – oder vom verantwortungsvollen Blick in die Zukunft sprechen müssen. Wir wollen hier nicht mehr im Einzelnen auf die von wem auch immer versprochenen, von Bürgermeister Akkermann bestrittenen, im Raume stehende Ersparnisse für den Borkumer Haushalt in Höhe von 388 000 (Akkermann) bis 820 000 (Enova und SPD) Euro jährlich eingehen, geben nur zu bedenken, dass eine Resolution der Stadt Borkum gegen das Projekt zwar gut nach außen aussieht, faktisch jedoch keine Chance hat, den Lauf der Zeit und damit den Lauf der technischen Entwicklung aufzuhalten.

Eine Ablehnung der Genehmigungsbehörde kann nur erfolgen, wenn erhebliche Be-

einträchtigungen öffentlicher Belange vorliegen, und die wird sie in unserem Falle sicherlich nicht erkennen – so leid uns diese Wahrheit auch tut. Anstatt sich bockig und unbelehrbar der Entwicklung zu verschließen und damit Türen zuzuschlagen, sollte Gesprächsbereitschaft und unsere Bereitschaft zum Konsens signalisiert werden, um das Beste für Borkum aus der Entwicklung herauszuholen. Bedauerlicherweise ist Geld zurzeit das Beste für Borkum und spätestens, wenn BM Akkermann erkennen und zugeben muss, dass alle Resolutionen, alles Jammern und Drehen und Wenden für die Katz war, wird auch er dankbar sein, für die Chancen (Dänemarks Küste hat aus der Not das Beste gemacht und wirbt mittlerweile mit Fotos von Windkraftanlagen vor dem Sonnenuntergang als umweltfreundliche und zukunftsbewusste Urlaubsregion) und die Entlastungen, welche die geplante Anlage für seine Insel mit sich bringt.

Das Zuschlagen der Tür macht uns zum Buhmann und man wird uns zukünftig auch nicht mehr fragen oder einbeziehen. Stehen wir der neuen Entwicklung offen, unvoreingenommen und ehrlich gegenüber, gibt uns das wenigstens noch die Möglichkeit, als Gesprächspartner akzeptiert zu werden und den Durchführungsprozess eventuell mitzugestalten. Sein wir also einmal ehrlich zu uns selbst und zu kommenden Generationen: Wir verkaufen nicht unsere Seele, wenn wir einer Entwicklung zustimmen, die ohnehin nicht zu verhindern ist. Wir zeigen, dass wir uns der Zukunft nicht verschließen, und unser Quentchen zur umweltfreundlichen Energiesicherung für kommende Generationen beitragen können.

Zu guter Letzt stellt sich uns die Frage, warum ausgerechnet eigentlich der Grüne „Anhängsel-Bürgermeister“ Steemann, dessen Partei den

Atomausstieg durchgeboxt hat, dessen Partei das Gesetz für Erneuerbare Energien maßgeblich entworfen und gefordert hat, dessen Partei sich rühmt, dass unter der Flagge von Umweltminister Trittin der Klimaschutz in Deutschland besser und das Dosenpfand eingeführt wurde, und dessen Partei für die Nutzung alternativer Energien (Windenergie gehört dazu) steht wie keine andere, dieser Resolution zustimmt.

Das ist Politik nach dem Motto „Wasch mich – aber mach mir den Pelz nicht nass“. Armer schwarzer Grüner.